

INFObrief 3

Mai 2008



Nachrichten aus der Kommune

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Anti-Nazi-Veranstaltung am 8.12.2007 in Altendorf/Frohnhausen waren trotz der zeitweise hohen Beteiligung unzufrieden über den Ablauf der Aktion. In Zukunft wollen wir eine bessere Ausgangsbasis für den breiten Protest gegen Neonazis und Rechtsextremismus in Essen schaffen. Deshalb wendet sich ein Teil der RednerInnen und aufrufenden Organisationen - wie ProAsyl-Flüchtlingsrat Essen - mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit. Der folgende offene Brief fasst Erfahrungen mit dem Verlauf zusammenfas-



sen, wirft wichtige Fragen auf und macht Vorschläge zum künftigen Umgang mit Neofaschismus und Rechtsextremismus in Essen.

Offener Brief, März 2008

Wie weiter mit den Neonazis in Essen?

Als RednerInnen und Veranstalter der Anti-NPD Kundgebung „Essen stellt sich quer. Gemeinsam für das friedliche und respektvolle Miteinander im Essener Westen“ vom 8. Dezember 07 sehen wir Gesprächsbedarf über die Vorkommnisse rund um den Nazi-Aufmarsch gegen den Moscheebau in Altendorf. Obgleich die Anti-NPD-Kundgebungen und Demonstration den Aufmarsch der Rechtsextremisten um das Dreifache übertrafen, haben wir Anlass zu befürchten, dass dieser Tag nicht dazu beigetragen hat, die breite zivilgesellschaftliche Bewegung gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu stärken. Anlässlich des wenig glücklichen Verlaufs des Tages sind wir daran interessiert, mit der Essener Polizei, den demokratischen Ratsparteien und auch der Essener Presse eine Reihe von Fragen zu besprechen, die uns für die Zukunft eines toleranten, friedlichen und dialogbereiten Miteinander wesentlich erscheinen.

Wäre eine Anlass bezogene Aktualisierung des 14 Jahre alten Ratsbeschlusses gegen Rassismus und Rechtsextremismus nicht notwendig (gewesen)?

Uns erscheint der alte Ratsbeschluss ergänzungsbedürftig: Als er

seinerzeit verabschiedet wurde, waren pauschales Misstrauen gegenüber Muslimen und „Islamphobie“ noch nicht Gegenstand der alltäglichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Die emotionale und oft aufgeheizte Auseinandersetzung um Religion, Religionszugehörigkeit und Rechte muslimischer Immigranten erfordern unserer Meinung nach eine klare Positionierung der Stadt. Nur so kann dem rechtsextremen Missbrauch komplexer Fragen der Integration entgegengewirkt werden.

Warum nimmt das Polizeipräsidium davon Abstand, rechtsextremistische und neofaschistische Veranstaltungen zu verbieten?

Die bisher ausgesprochenen Verbote für Nazi-Auftritte durch frühere Polizeipräsidenten waren und sind - unabhängig von ihren Erfolgsaussichten vor Gericht - wichtige Botschaften der Stadt, dass Neonazis und Rechtsextremisten in Essen nicht erwünscht sind.

Welche Gründe hatte die Polizei, die Route für die NPD-Demonstration mitten durch das Zentrum Frohnhausens zuzulassen?

Die TeilnehmerInnen der Anti-Nazi-Demonstration haben nicht verstanden, warum den Rechtsextremisten ermöglicht wurde, ihre nationalistischen, aggressiven Parolen in den

belebten Straßen und am Weihnachtsmarkt Frohnhausens unter das Volk zu bringen, während sie selber über unbelebte Straßen, eingeeignet von dichten Polizeiketten, demonstrieren mussten und am Ende ohne weitere Information an drei Seiten eingezäunt wie eine Gefahr behandelt wurden.

Durch fehlerhafte Zeitzusagen der Polizei fand die Abschlusskundgebung nicht wie geplant am belebten Riehlpark statt, sondern ohne Öffentlichkeit zwischen leeren Gebäudekomplexen am Bahnhof. Die Nazi-Gegner fühlten sich auf einem Abstellgleis eingepfercht, während die NPD ungehindert ihre Hassparolen auf der belebten Hauptstrasse und im dicht besiedelten Teil von Essen West unter Polizeischutz rufen konnten. Entsprechend triumphierten die Nazis. Wir zitieren vom 12.2.08 aus der Web-Site des Aktionsbündnisses, das sich selber als „Nazis aus Essen“ bezeichnet: „Im weiteren Verlauf der Demonstration, welche ausschließlich durch dicht bebauten Wohngebiet führte, kam es zu zwei weiteren Zwischenkundgebungen, auf denen die Aktivisten Patrick Frieße (freie Kräfte), Marcel Haliti (JN-Essen),... und Stephan Haase (NPD-NRW) an das Mikrophon traten und vor der Islamisierung deutscher Städte warnten. Die gesamte Demonstration verlief schwungvoll und diszipliniert. Von dem angekündigten "großen Protest" der selbsternannten Gutmenschen und links-extremistischen Antifachaoten war kaum etwas zu sehen“.

Was hat die Polizei veranlasst, sich zum Teil sehr provokativ gegenüber der Anti-Nazi-Demonstration zu verhalten?

Die meisten TeilnehmerInnen der Anti-Nazi-Demonstration hatten den Eindruck, dass viele (keineswegs

alle!) Polizisten ausgesprochen voreingenommen auf sie reagierten und wenig souverän mit vereinzelt vorkommenden im Rahmen der Gegenveranstaltungen umgingen.

Nicht allein Jugendliche, sondern auch viele ältere Demonstrationsteilnehmer fühlten sich durch den Polizeieinsatz provoziert, sodass die Atmosphäre zunehmend angespannter wurde. Vor allem alte Menschen haben ihre Teilnahme vorzeitig abgebrochen, weil sie Eskalationen befürchteten. Diejenigen, die bis zum Ende geblieben sind, berichten über zeitweise Einkesselungen und Ingewahrsamnahme von Demonstranten, die sich laut Zeugenaussagen nichts zuschulden kommen ließen. Irritiert sind wir über den in Essen neuen Einsatz der Reiterstaffel. Sie flößen schon allein aufgrund ihrer Größe Angst ein. In Menschenmengen kann es zu panikartigen Fluchtbewegungen kommen, bei denen das Verletzungsrisiko sehr hoch ist.

Warum haben die großen Zeitungen Essens nicht oder nur einseitig über die Anliegen der um Dialog und gegenseitiges Verständnis bemühten Bürger/-innen vor Ort und der Repräsentanten der Gegenveranstaltung berichtet?

Aufgrund der Berichterstattung musste in Essen und über Essen hinaus der Eindruck entstehen, dass der 8. Dezember von „linken und rechten Chaoten“ beherrscht war. Dies schadet nicht nur dem Ansehen der Stadt mit ihren Integrationsbemühungen, sondern auch den Anstrengungen vor Ort, im Dialog aller Beteiligten eine einvernehmliche Lösung über den Moscheeneubau (- und andere strittige Fragen -) zu erzielen.

Wenn das neofaschistische Treiben in Essen in Schach gehalten werden soll, halten wir es für notwendig,

dass die Presse die extremistischen Ziele dieser Spektren offen legt, und ihnen die zivilgesellschaftlichen Bemühungen um friedliche Konfliktbereinigung und Integration entgegenstellt.

Machen wir uns nichts vor:

NPD, alte und neue Kameradschaften feiern den 8. Dezember 2007 als ihren Sieg und kündigen die Fortsetzung ihrer Kampagnen gegen die „Islamisierung unserer Heimat“ an. „

Diese Demonstration“, heißt es auf der Webseite der NPD, „war allerdings noch nicht der Abschluss unserer Anti-Moschee-Kampagne. Nein zur Moschee in Altendorf und anderswo. Essen muss eine deutsche Stadt bleiben“.

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen dieser Einschätzung, appellieren an die angesprochenen Institutionen, das Gespräch mit uns zu suchen, um bei künftig notwendigen Veranstaltungen zu einvernehmlichen Regelungen über den Umgang mit Demonstrationen von Neonazis und Rechtsextremisten zu kommen.

Unterzeichnet von:

Redner/-innen der Anti-NPD-Kundgebungen am 08.12.2007:

Kira Fink (Antifa Essen), Walter Hilbig (VVN-BdA), Kalle Spieß (Bühnendirektor, Grillo Theater), Bernhard Trautvetter (Essener Friedens-Forum)

Trägerorganisationen des Aufrufs zur Demonstration am 8.12.07

Angry Goats (Antifa Essen), Antirassismus-Telefon Essen, attac Essen, Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband, DIDF Essen, Die Linke Essen, DKP Essen, Essener Friedens-Forum, Freundschaftsgesellschaft BRD Kuba e.V., ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen Verein zur interkulturellen Beratung und Betreuung im Gesundheitsbereich (VIBB) e.V., VVN - BdA Essen

Grenzenlose Ausgrenzung - Antirassismuarbeit an der Erich-Kästner-Gesamtschule

Grenzenlose Ausgrenzung - so lautet der Titel eines weiteren Kapitels des jüngsten Buchprojekts an der EKG, das eine "Serviette" des amerikanischen Künstlers Cary S. Leibowitz zum Anlass nimmt, Schülern eine Stimme zu geben, um deren Sichtweise klar zu benennen und deutlich werden zu lassen. Gelebte politische Bildungsarbeit ist das, was da seit wenigen Wochen in der elften Jahrgangsstufe der Gesamtschule und insbesondere in dem Philosophie-Kurs geschieht.

Es geht also um Grenzen, um Abgrenzung, um Begrenzung, um begrenzte Horizonte, um grenzenlose Vorurteile und immer wieder um die eigenen Grenzen.

Und so liegt es nahe, diejenigen in den Unterricht einzuladen, die genau dadurch beruflich gefordert sind, Grenzen zu überwinden, ja Menschen, die in diesem Land leben wollen, zu begleiten, zu empfangen und etwa deren Asylanträge zu unterstützen.

Mitten in Essen gibt es eine solche Einrichtung: ProAsyl.

Dort werden Menschen begleitet, die oft über Jahre nur geduldet hier leben und die aus den verschiedensten Gründen ihre Heimat aufgeben mussten.

Uwe Pfromm arbeitet für ProAsyl und sein Freund Myo Min Htet ist vor etwas mehr als drei Jahren aus Burma vor der dortigen Militärdiktatur geflohen, um letztlich auch und vor allem durch ProAsyl Hilfe zu erhalten. Seit 2006 ist der junge burmesische Student nun anerkannter Flüchtling und wird noch in diesem Jahr sein Studium nach erfolgreichen und notwendigen Sprachkursen beginnen.

Welche Grenzen tauchen denn auf, wenn man es als Flüchtling geschafft

hat, die Grenzen unseres Landes zu finden? Die Grenzen lauern überall, geben sich oft bürokratisch und sind mitunter überdeutlich in ihrer Ausgrenzung.

So machte der durch Myo Min Htet mitgebrachte Gutschein zum Erwerb von Lebensmitteln großen Eindruck auf den Kurs. In grellem Rot markiert er den Anspruch, für gerade einmal fünf Euro Lebensmittel erhalten zu können. Wie und wo darf man leben, wenn man dann in einem Asylaufnahmehaus ankommt? Gibt die jeweilige Bezirksregierung tatsächlich

emigrant aus der Türkei? Plötzlich erinnert sich eine Schülerin an ein solches Flüchtlingslager und an die Enge dort und ein anderer Schüler, hier vor annähernd 18 Jahren geboren, eröffnet, erst seit zwei Jahren anerkannt und nicht nur geduldet hier in diesem Land leben zu dürfen. Der Besuch machte Eindruck - auf Uwe Pfromm und Myo Min Htet ebenso wie auf die Schüler und mich. Und es bleibt zu hoffen, dass nun schreibend manche eigene Grenze überwunden werden kann.

Peter Gutsche, Lehrer



Philosophie-Kurs der Jahrgangsstufe 11 der Erich-Kästner-Gesamtschule

vor, dass etwa Myo sich nur im Kreis Wesel, keineswegs aber in Essen aufhalten durfte? All das Fragen, die rege gestellt wurden und durch Uwe Pfromm und Myo Min Htet beantwortet worden sind.

All das sind auch Fragen an die eigene Geschichte. Wann und warum sind meine eigenen Eltern aus dem Libanon geflohen? Wann genau kam mein Großvater als erster Arbeits-

Diskussion um Sicherheitsbefragung im Integrationsbeirat geht weiter

Nachdem der Erlass zur Sicherheitsbefragung vom 11.07.2007 bekannt geworden war und die Ausländerbehörde alle Anfragen von ProAsyl-Flüchtlingsrat, Integrationsbeirat, Rechtsanwälten usw. mit dem Hinweis: "Geheim!" abgeblockt hatte,

bat der Integrationsbeirat Essen die LAGA, beim Innenministerium NRW auf Abhilfe zu drängen. Er äußerte die Überzeugung, dass diese Befragungen „nicht allgemeiner Natur sind, sondern nur bei einem bestimmten Personenkreis erfolgen, nämlich Migranten mit muslimischem Glaubenshintergrund.“ Die Antwort des IM liegt nun vor: Nach einer Begründung der Notwendigkeit eines „sicherheitsrechtlichen Standardfragebogen(s)“ heißt es: „Hierbei geht es ausschließlich um Fakten aus dem Lebenslauf. Im Rahmen ihrer allgemeinen Mitwirkungspflichten sind die Antragstellerinnen und Antragsteller verpflichtet, die entsprechenden Auskünfte zu erteilen. (...) Für eine Veröffentlichung bzw. Verbreitung ist der Fragebogen nicht geeignet. (...) können die Betroffenen aber jederzeit Einsicht in ihren ausgefüllten Fragebogen nehmen. Die Ausländerbehörden sind lediglich gehalten, die Fertigung von Kopien oder Abschriften unter Hinweis auf § 29 Abs.2VwVfG NRW zu verwehren.“ Und weiter: „Der religiöse Hintergrund der Antragsteller/innen spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Angaben zur Glaubensrichtung werden auch nicht etwa mit dem Fragebogen erhoben.“

Kommentar

Es war klar, dass diese unbefriedigende Antwort in der letzten IBR-Sitzung wieder zu heftigen Diskussionen führte. Das einzige, was der Brief klar stellt, ist, dass alles weiter geheim bleibt. So konnte ProAsyl auch nur die Ausländerbehörde „in Schutz nehmen“, als diese Auskünfte zum Erlass verweigerte. Allerdings sollten bald Zahlen vorliegen, wie viele Antragsteller aufgrund der Befragung ihren Aufenthaltstitel verloren haben. Es bleibt beschämend, wie eine Institution wie die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen

Migrationenvertretungen (LAGA) vom Innenministerium abgespeist wird. Die inzwischen bekannt gewordene Liste mit 67 Ländern bestätigt den Verdacht des IBR, da sie fast ausschließlich Länder mit überwiegend muslimischer Bevölkerung nennt.

Es bleibt nach wie vor die Frage, ob in einer Demokratie solche Erlasse akzeptiert werden dürfen. Durch ihre Einordnung als „streng geheim“ sind sie jeder rechtlichen Überprüfung entzogen. Wie kann ein Antragsteller erkennen, dass nur seine Herkunft aus einem der unter Verdacht stehenden Länder die Ausländerbehörde zu so einer Befragung veranlasst?

Kathrin Richter

1. Mai-Fest auf Zeche Carl vor dem Aus?

Die Teilnahme am internationalen Kulturfest auf der Zeche Carl ist für ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen seit vielen Jahren ein fester Termin. Bei meist sonnigem Wetter werden zusammen mit dem Antirassismustelefon Essen und den Freunden vom Friedensform Informationsstände gestaltet. Eine bunte und besonders freundliche Atmosphäre prägt das Fest, wo verschiedene Organisationen aus den Bereichen Friedens- und Menschenrechtsarbeit, Umweltschutz, Jugend und Kultur sowie politische Parteien zusammenkommen, um bei Podiumsdiskussionen, Konzerten und Speisen einen Austausch zu finden. Das diesjährige Motto war: „Jugend: Hilfe!“. Bei einer Lesung aus den Büchern „Fremd und doch daheim“, „Dann kam ein neuer Morgen“ und „Heute ist Zeit für Deine Träume“ kamen auch Texte zur Sprache, die die Situation von Essener Jugendlichen thematisieren, die von Abschiebung bedroht sind. Wen wun-

derts, dass im Jahr 2008 die Lebenssituation von Jugendlichen und Begriffe wie „Zukunftsangst“ und „Perspektivlosigkeit“ häufig in den Medien als zentrale Themen benannt werden. Kinder und Jugendliche mit Flucht- bzw. Migrationshintergrund sind in besonderem Maße von sozialer Ausgrenzung betroffen.

Mit Sorge erfüllte uns in diesem Jahr die Nachricht, dass das Fest wahrscheinlich das letzte Mal stattgefunden haben wird. Zukunftsangst - ganz konkret vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bestimmt auch die aktuelle Situation der Mitarbeiter des Kulturzentrums und hauptamtlichen Organisatoren des alljährlichen Festes. Die Zeche Carl steht vor großen finanziellen Schwierigkeiten. Ein Aus für die Zeche Carl wäre für viele gesellschaftspolitisch engagierte Essener Bürgerinnen und Bürger ein herber Verlust. Neben dem 1. Mai-Fest finden dort übers Jahr zahlreiche Veranstaltungen statt.

Das soziokulturelle Zentrum als Ort der Begegnung und des kritischen Austausches muss erhalten bleiben.

Uwe Fromm

Über den Tellerrand

Kölner Studie zur Situation Illegalisierter

Der Rat der Stadt Köln folgte 2007 dem Vorschlag des „Runden Tisches für Flüchtlingsfragen“, eine Studie in Auftrag zu geben, die sich explizit mit der alltäglichen Lebenssituation von illegallisierten Flüchtlingen in der Stadt Köln beschäftigen sollte.

Insbesondere sollte sich die nun veröffentlichte Studie zur „Lebenssituation irregulärer Migranten“ mit den Problemfeldern illegale Beschäfti-

gungsverhältnisse, Wohnsituation, Gesundheitsversorgung sowie Erziehung und Bildung auseinandersetzen.

Basierend auf Experteninterviews und Betroffenenbefragungen stehen die Auswirkungen eines fehlenden Aufenthaltstitels auf die Lebensführung der Menschen ohne Papiere in der Stadt Köln im Fokus der Studie. Illegalisierte haben die selben sozialen Bedürfnisse wie jeder andere auch. Jedoch muss sich ihr Handeln rechtsförmiger Beobachtung entziehen.

Abhängig sind sie deshalb in erster Linie von ihren ethnischen Netzwerken, die sie meist auffangen und ihnen beispielsweise Zugang zu Wohnung oder Arbeit verschaffen. In der Zeit unmittelbar nach der Ankunft sind solche Kontakte unerlässlich für die Migranten.

Die wesentlichen Beschäftigungsbereiche für Illegalisierte in Köln sind laut Studie private Haushalte, das Gastronomie- und Herbergswesen sowie das Bauwesen. Die Recherchen haben ergeben, dass die Arbeit in privaten Haushalten den bevorzugten Bereich für die Arbeitssuchenden darstellt. Dies sind meist längerfristige Jobs, die vor Kontrollen am besten geschützt sind.

Im Bereich der Wohnsituationen wird von überbezahlten Mietverhältnissen und beengtem Wohnraum berichtet, Mangel an Privatsphäre und soziale Spannungen werden erwähnt. Probleme mit dem Vermieter, Beendigung einer Partnerschaft oder Probleme innerhalb der Familie enden für manche in einer lange andauernden Obdachlosigkeit.

In Deutschland hat jeder Mensch im Falle einer Erkrankung, unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus, Anspruch auf medizinische Behandlung. Jedoch kann, ohne die administrative Registrierung eines Patienten,

die Leistung von niemandem bezahlt werden. Hinzu kommt die Tatsache, dass sich Menschen ohne Aufenthaltsstatus natürlich scheuen, eine Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen, weil sie sich vor einer möglichen Abschiebung fürchten. Eine kostenlose Behandlung erfordert in jedem Fall ehrenamtliche Bereitschaft des medizinischen Personals. Auffällig ist, dass illegalisierte Migranten häufig Vermeidungsstrategien wie Verdrängung oder Negierung von Krankheiten anwenden. Die Verschleppung einer Krankheit oder eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes werden dadurch immer wahrscheinlicher.

In NRW unterliegen auch illegalisierte Kinder der Schulpflicht. Die Schulen sind jedoch verpflichtet, die Schüler zu melden, was eine große Hemmschwelle darstellt.

sorgung oder die Unterbringung von Illegalisierten für die Stadt Köln erarbeiten.

Hier in Essen fehlt es sowohl an Angeboten für die oben beschriebene Personengruppe als auch an der öffentlichen Wahrnehmung der Grundproblematik.

Insbesondere sind Angebote der Gesundheitsversorgung unzureichend. Sollte es nicht auch im Interesse der Stadt Essen sein, eine Gesundheitsversorgung für Jedermann sicher zu stellen? Sicher zu stellen, dass alle Kinder die Schule besuchen?

Solche und ähnliche Fragen drängen sich auf, wenn man Schätzungen von bis zu einer Millionen Illegalisierter in unserem Land glauben schenkt.

Für eine Großstadt wie Essen bedeutet dies eine nicht unbeachtliche Zahl Illegalisierter, die mitten unter



In Zukunft soll der Runde Tisch der Stadt Köln Arbeitsgruppen bilden, die konkrete Empfehlungen für die Beschulung, die Gesundheitsver-

uns leben. In unserer Beratungsstelle haben wir die Erfahrung gemacht, dass viele Flüchtlinge aufgrund geringer Erfolgchancen gar

keinen Asylantrag mehr stellen, bis sie eines Tages erwischt werden. ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen will sich diesem Thema verstärkt zuwenden. Zunächst in unserer Monatsversammlung am 20.05.08, wo erste Ideen ausgetauscht werden sollen.

Elisabeth Brüser, Praktikantin

Quelle: Menschen ohne Papiere.

Eine Studie im Auftrag des Rates der

Stadt Köln. M. Bommers/M. Wilmes,

Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der GH Osnabrück

Geht es wirklich nur um Tibet? Zur Diskussion um den Olympia-Boycott:

Ein Kommentar von Klaus Fritsche. Der Autor ist Geschäftsführer der Asienstiftung und des Asienhauses (Essen). Er ist dort für das EU-China-Projekt zuständig. Er bereitet zur Zeit als Mitherausgeber eine Publikation zum Thema „Olympia und China“ vor, die Ende April erscheinen wird.

Die Unruhen in Tibet und die darauf folgende Reaktion der chinesischen Behörden haben zu heftigen Reaktionen - insbesondere von Seiten der EU und einiger europäischer Länder - geführt, auf die die chinesische Seite wiederum mit verschärften Reaktionen reagiert hat. Alles scheint dabei ganz einfach, die chinesische Regierung hat ihr wahres Gesicht gezeigt, der Westen tritt ein für Freiheit und Demokratie. Als probates Mittel scheint die Drohung mit einem Olympiaboycott. Die Welt scheint in Ordnung: Gut und Böse wieder am rechten Platz.

Auch meine ersten Reaktionen auf die Meldungen aus Tibet war eindeutig: die jahrzehntelange Unterdrückung wird wieder mit den altbekannten Mitteln fortgesetzt. Erneut waren

friedliebende tibetische Demonstranten niedergeschlagen und getötet worden. Es dauerte einige Tage, dann kamen mir Fragen. Es scheint so gewesen zu sein, dass die Ereignisse am 10. März mit friedlichen Demonstrationen begannen, um dann nach vier Tagen in gewalttätige Aktionen von Tibetern - nicht von Chinesen - explodierten. Dabei wurden Geschäfte von Han-Chinesen und anderen Minderheiten in Brand gesteckt und geplündert. Erst danach sind die chinesischen Ordnungskräfte eingeschritten - sicherlich auch mit erheblicher Gewalt. Viele Verhaftungen folgten - und was mit diesen Menschen geschieht, darüber lässt sich nur spekulieren, die Erfahrungen der Vergangenheit lassen nichts Gutes erwarten. Die Gewaltausbrüche von vor allem jungen Tibetern als Explosion des Frustes sind erklärbar - nach jahrzehntelanger chinesischer Fremdherrschaft und der damit einhergehenden kulturellen und sozialen Unterdrückung. Gebilligt werden müssen sie aber dennoch nicht.

Was erstaunlich ist: eine solche Darstellung der Ereignisse hat bisher kaum Eingang in die Medien und Politik gefunden. Auch wenn von Toten berichtet wird - unabhängig von unterschiedlichen Zahlenangaben - ist immer noch unklar, wie viele Chinesen oder Mitglieder anderer Minoritäten den Tod gefunden haben - und wie viele Tibeter.

Genauere Informationen darüber gibt es nicht, entweder sie sind nicht bekannt oder sie werden nicht berichtet. Sicher ist aber, dass chinesische Zivilisten Opfer der von Tibetern ausgehenden Gewalttätigkeiten geworden sind. Und diese Darstellung kommt nicht von den chinesischen Behörden, sondern von unabhängigen westlichen Journalisten, deren Zugang nach Tibet von allen Seiten gefordert wird.

Ob diese Darstellung vollständig ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Um nur einige offene Fragen zu nennen: Welcher Funke hat die Explosion von Gewalt zum Ausbruch gebracht? Es gibt Berichte, nach denen sich bereits seit einem Jahr gewalttätige Auseinandersetzungen um Tibet herum stattgefunden haben. Welchen Einfluss hat das auf die Unruhen im März gehabt? Auch bleibt unklar, warum die chinesischen Sicherheitskräfte trotz massiver Präsenz in Lhasa erst nach zwei Tagen eingegriffen haben. Überraschung? Überforderung? Oder eine Falle? Viele Fragen, keine ausreichenden Antworten.

Zu erwarten wäre dabei eine Berichterstattung, die dieser Widersprüchlichkeit der Entwicklung und der damit verbundenen offenen Fragen Rechnung trägt. Und selbst, wenn der oben skizzierte Gang der Ereignisse nicht als vollständig sicher gelten kann, hätte ihm zumindest in der Berichterstattung nachgegangen werden müssen. Zu Gewaltverzicht aufzurufen, wie es der Dalai Lama getan hat, ist eine Seite. Sich ernsthaft mit den Problemen der neuen Generation der Tibeter und auch dem Schicksal der oft unfreiwillig in Tibet wohnenden Han-Chinesen auseinander zu setzen, ist die andere Seite. Zu dieser Situation haben natürlich auch die Reaktionen der chinesischen Behörden beigetragen. Statt zur Klärung dieser Fragen beizutragen, hat sie durch ihre Aktionen wie die Sperrung Tibets für die ausländische Presse und den Rückfall in kulturevolutionäre Beschimpfungen des Dalai Lama in alte Muster zurückgefallen sind und den Eindruck nahe legten, dass es Einiges zu verbergen gibt. Sie hat damit einer einseitigen Berichterstattung Vorschub geleistet.

Und auch zu den Stellungnahmen einiger Politiker, die jetzt wegen der

Ereignisse einen Olympia-Boycott fordern - interessanterweise rufen dazu weder der Dalai Lama noch wichtige Menschenrechtsorganisationen auf - stellen sich Fragen. Dass es in China Menschenrechtsprobleme gibt und nationale Minderheiten - übrigens nicht nur in Tibet - benachteiligt werden, ist nichts Neues, ebenso wenig, dass die von Peking versprochene Autonomie für die



Klaus Fritsche, Geschäftsführer
Asienstiftung und Asienhaus Essen

Minderheiten vielfach nur auf dem Papier steht: Das war schon vor der Vergabe der Olympischen Spiele bekannt - und in der Zwischenzeit hat es z.B. in der von Muslimen bewohnten Region Xinjiang schwere Auseinandersetzungen gegeben, ohne dass der Westen seine Stimme erhoben hat.

Eines hat sich aber gegenüber 2001, dem Zeitpunkt der Vergabe der Olympischen Spiele, geändert. China hat an internationaler politischer und wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen, tritt als zunehmender Konkurrent in Erscheinung. In Deutschland haben sich die Stimmen gemehrt, die Ängste vor China schüren und eine stärkere Abgrenzung von China fordern. Eine konsistente Politik der Europäischen Union gegenü-

ber China ist jedoch nicht vorhanden, wie z.B. die Auseinandersetzungen um das Waffenembargo oder die Weiterführung der Entwicklungshilfe an China zeigen.

Und so scheinen Einigen die gegenwärtigen Ereignisse in und um Tibet nur recht zu kommen, um China auf die Anklagebank zu setzen. Damit geht einher, dass in vielen Beiträgen von westlichen Medien und Stellungnahmen ebenfalls in alte Muster der Berichterstattung zurückgefallen wird, die den differenzierten und widersprüchlichen Entwicklungen in China nicht Rechnung tragen. Zynisch lässt sich die Frage stellen, ob das tibetische Volk und seine Forderungen jetzt zum Instrument westlicher Politik werden, mit dem ganz andere Ziele durchgesetzt werden sollen.

Das heißt aber nicht, dass wir still sein sollen, zu dem, was in Tibet und in China passiert. Wir sollen eintreten für die Unterstützung des tibetischen Volkes für Autonomie, den Zugang ausländischer Beobachter - nicht nur in das Land -, sondern auch zu den zu erwartenden Prozessen. Wir sollen dafür Sorge tragen, dass über die Lebenssituation der Tibeter eine dauerhafte Aufklärung erfolgt, die negativen Folgen der chinesischen Nationalitätenpolitik kritisieren und uns mit unseren chinesischen Partnern darüber auseinandersetzen. Ein Ansatz könnten die Gedanken sein, die 30 chinesische Künstler und Schriftsteller am 22. März in Beijing veröffentlicht haben.

Um ernst genommen zu werden, ist es aber auch notwendig, dass wir die Trauer über die Opfer unter der chinesisch-stämmigen Bevölkerung ernst nehmen.

Aus TAZ, 03.04.08

Anmerkung der Redaktion:

Klaus Fritsche war im März zu Gast beim Weltcafé.

Europäischer Gerichtshof erklärt EU-Drittstaatenregelung für nichtig

PRO ASYL: Ein Instrument zur Auslagerung des Flüchtlings-schutzes in die Transit- und Herkunftsregionen gekippt

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EuGH) hat heute die EU-Drittstaatenregelung und die EU-Regelung über sichere Herkunftsländer für nichtig erklärt (Rs.C-133/06).

PRO ASYL begrüßt, dass damit ein Instrument zur Auslagerung des Flüchtlings-schutzes in die Transit- und Herkunftsregionen gekippt worden ist. Die EU-Listen waren schon bei Verabschiedung der Asylverfahrensrichtlinie höchst umstritten. PRO ASYL, der Europäische Flüchtlingsrat ECRE und UNHCR hatten wegen dieser problematischen Regelungen Ende 2005 eine Ablehnung der Richtlinie gefordert.

Nachdem der Rat sie dennoch verabschiedet hatte, klagte das Europäische Parlament gegen die Richtlinie vor dem EuGH und stützte die Klage unter anderem auf Missachtung seiner Mitentscheidungsrechte. Jetzt hat das Parlament vor dem EuGH Recht bekommen.

Insbesondere die Drittstaatenregelung stellt einen Frontalangriff auf den internationalen Flüchtlings-schutz dar. Flüchtlinge, die über einen solchen „sicheren Drittstaat“ einreisen, hätten bereits an der Grenze abgewiesen werden können, ohne dass der Asylantrag überhaupt geprüft worden wäre. Die Liste mit

„sicheren Herkunftsländern“ hätte ebenfalls zu einem Ausschluss vom Asylverfahren ohne Prüfung der Asylgründe geführt. Beide Regelungen sind den deutschen Ausschlüssen vom Asylrecht nach dem Grundgesetz nachempfunden. Die Idee der „supersicheren Drittstaaten“ wurde vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily in die Richtlinie hineinverhandelt. Mit inhaltlichen Fragen des Flüchtlingsschutzes hat sich der EuGH in der heutigen Entscheidung, die sich auf formale Gründe stützt, nicht auseinandergesetzt.

PRO ASYL fordert das Europäische Parlament auf, das nun erstrittene Recht auf Mitentscheidung so zu nutzen, dass auf die Erstellung von EU-Listen sicherer Dritt- und Herkunftsstaaten verzichtet wird. Europa wird seiner Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz nicht gerecht, wenn es künftig Schutzsuchende bereits an seinen Grenzen in Staaten wie die Ukraine, Weißrussland oder Libyen zurückschiebt.

Die EU verfolgt seit Jahren die Strategie der Externalisierung des Flüchtlingsschutzes und entzieht sich immer mehr der eigenen Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen. Die heutige EuGH-Entscheidung bremst den europäischen Wettlauf der Schabigkeiten.

*Presseerklärung
von Pro Asyl/Frankfurt,
gez. Marei Pelzer, 06.05.2008*

Job-Center muss Stromkosten übernehmen

Das Job-Center verweigerte die Übernahme von Stromkosten (514,56 EUR). Das Gericht urteilte: Durch die Sperrung der Stromversorgung ist ein menschenwürdiges Dasein im Sinne von Art. 1 GG nicht mehr möglich. Die faktisch Unbe-

wohnbarkeit einer Wohnung durch die Sperrung der Energiezufuhr stellt eine dem Verlust der Unterkunft vergleichbare Notlage dar. Das Job-Center muss die Stromschulden zahlen, jedoch nicht die Kosten für die Wiederinstandsetzung des Stromanschlusses 51,11 EUR.

*Entscheidung des Sozialgerichtes Berlin
vom 15.03.2007*

Termine

● **20.05.2008, ab 19.00 Uhr**
Monatsversammlung von
ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen,
Maxstr. 11

● **29.05.2008, ab 18.30 Uhr**
Weltcafé, Hövelstr. 73

● **27.05.2008, ab 18:40 Uhr**
in der VHS Essen, am Burplatz 1,

Essen-Zentrum; Viele Menschen in Entwicklungsländern hungern, weil sie kein Land zum Anbau von Nahrungsmitteln besitzen. Oft fehlt auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser. berichtet von Kleinbauern in El Salvador, denen die Vertreibung wegen der Errichtung eines Staudamms droht. FIAN ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich besonders der Ernährungslage von Menschen in Entwicklungsländern widmet. Die FIAN-Gruppe Ruhrgebiet West in Kooperation mit dem Eine Welt Forum

● **03.06.2008, 19.00 Uhr**
Politischer Salon Essen - Olympia
2008 in Beijing:
One World - One Dream
Doch - wer träumt wovon?

● **weitere Termine unter:**
www.antirassismus-telefon.de
und
www.eineweltforumessen.de

Anschrift: ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V., Maxstraße 11, 45127 Essen

Tel: 0201 / 20539,

Fax: 0201 / 232060,

Mail: info@proasylessen.de

Bankverbindung: Kontonr. 1600626, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

Internet: www.proasylessen.de,

Redaktion: Inka Jatta, Alexander Pott



Diese Publikation gibt die Meinung des Verfassers wieder. Die Kommission ist nicht verantwortlich für die Verwendung der Informationen.

Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanziert.